

Christoph Herrmann

Währungshoheit,
Währungsverfassung
und subjektive Rechte

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Teil 1. Problemstellung.	1
Teil 2. Interdisziplinäre Grundlagen des Geldwesens.	7
A. Geschichte des Geld- und Währungswesens	7
I. Erste Anfänge der Entstehung von „Geld“ – Naturalgüter als allgemeine Tauschmittel	7
II. Die Entstehung des Metallgelds	10
III. Die Entstehung des Münzgeldes und staatlicher Währungen	11
1. Die Erfindung der Münze	11
2. Der attische Silberstandard	12
3. Das Münzwesen im antiken Rom.	13
4. Das Münzwesen im Übergang zum Mittelalter	13
5. Das Münzwesen im mittelalterlichen und neuzeitlichen Zentraleuropa.	14
IV. Buchgeld und Banknoten.	17
V. Zentralbanken, staatliche Papierwährungen und das Ende des Metallismus	19
VI. Die Virtualisierung des Geldes im Informationszeitalter.	21
B. Ideengeschichte des Geldes	23
I. Geld im Denken Platons und Aristoteles.	24
II. Die Fortentwicklung der aristotelischen Geldlehre in der Scholastik	26
III. Die Entstehung der ökonomischen Geldtheorie in der Neuzeit	27
1. Quantitäts- und Tauschmitteltheorie.	27
2. Geld und Kredit	27

IV. Geldlehre jenseits des Metallismus: Geld im Denken des 20. Jahrhunderts	30
1. Simmel: Philosophie des Geldes	30
2. Knapp: Staatliche Theorie des Geldes	31
3. Weber: Geld als Waffe im Kampf der Interessen	33
4. Schumpeter: Geld als Rechenpfennig.	34
5. Keynesianismus und Monetarismus im 20. Jahrhundert	35
C. Grundlagen der ökonomischen Theorie von Geld und Währung	39
I. Relevanz ökonomischer Grundlagen für die rechtliche Befassung mit Geld	39
II. Funktionaler Geldbegriff der Ökonomie.	40
III. Geldschöpfung, Geldmenge und Geldangebot.	42
1. Geldschöpfung durch Zentralbank und Geschäftsbanken.	42
2. Der Begriff der Geldmenge	43
3. Die Höhe des Geldangebots.	44
IV. Geldnachfrage	45
V. Grundzüge der Geldpolitik	47
1. Ziele und Strategien der Geldpolitik	47
2. Instrumente der Geldpolitik	48
VI. Grundzüge der Währungstheorie und Währungspolitik	50
VII. Theorie optimaler Währungsräume.	52
VIII. Geldpolitik und Fiskalpolitik	53
D. Geldreformbewegungen	53
I. Freigeld und Regionalgeld	54
II. Bankfreiheit und Entnationalisierung des Geldes	56
III. Wiedereinführung einer Goldwährung.	58
E. Juristischer Geld- und Währungsbegriff.	59
I. Notwendigkeit eines juristischen Geld- und Währungsbegriffs	59
II. Geltungstheorien des Geldes.	62
1. Gesellschaftliche Theorie	62
2. Staatliche Theorie.	64
3. Institutionelle Theorie	66
III. Geldfunktionen und juristische Begriffsbildung.	68
IV. Annahmезwang als konstitutives Merkmal des rechtlichen Geldbegriffs?	70
V. Gegenständlicher Geldbegriff und Buchgeld.	71
VI. Institutioneller Geldbegriff	72
VII. Der Begriff der Währung.	73

F. Zwischenfazit	74
I. Das Wesen des Geldes als Realphänomen.	74
II. Geld als übertragbare Werteinheit mit Verkehrsgeltung	76
III. Währung als geschlossenes organisiertes Geldsystem und ideelle Grundeinheit	78
Teil 3. Die Währungshoheit	81
A. Souveränität und Hoheitsgewalt als Kernbegriffe eines verfassten Gemeinwesens	81
I. Entstehung des Souveränitätskonzepts	81
1. Die rechtliche Souveränitätskonzeption Jean Bodins.	81
2. Absolute Souveränität nach Hobbes	83
II. Dimensionen des Souveränitätskonzepts	83
1. Staats-, Organ- und Volkssouveränität.	83
2. Innere und äußere Souveränität.	84
3. Souveränität und Legitimität	85
III. Verständnis der Souveränität in der zeitgenössischen Rechtswissenschaft	87
1. Der Souveränitätsbegriff des Völkerrechts.	87
2. Der Souveränitätsbegriff des Verfassungsrechts.	89
3. Politische Souveränität.	90
IV. (Ver)schwinden der Souveränität des Staates in der post- westfälischen Konstellation?	90
1. Souveränität, Globalisierung und Konstitutionalisierung des Völkerrechts	90
2. Souveränität und Europäische Integration.	95
B. Bedingungen, Ausprägungen und Inhalt der Währungshoheit	97
I. Staatliche Herrschaftsgewalt und Geld	97
II. Die Währungshoheit des modernen Nationalstaates	99
III. Völkerrechtliche Folgen der Währungshoheit	103
IV. Elemente der Währungshoheit.	104
1. Währungshoheit als Verbindung von Souveränität und Währung	104
2. Beispiele aus der Praxis	105
a) Alliierte Währungsreform (1948).	105
b) Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)	106
c) Völkerrechtliche Verträge	109
(1) Deutsch-Französischer Vertrag zur Regelung der Saarfrage (1956).	109
(2) Währungsvertrag Liechtenstein – Schweiz (1980).	110

(3) Deutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (1990).	111
(4) Europäische Währungsverträge (2001/2002)	112
3. Definitionen der Währungshoheit im Schrifttum.	113
4. Stellungnahme	115
V. Währungshoheit in der Wirtschafts- und Währungsunion.	116
1. „Übertragung“ der Währungshoheit durch die Teilnehmerstaaten der Eurozone	116
2. Träger der Währungshoheit in der Eurozone	118
3. Unumkehrbarkeit der Übertragung	120
Teil 4. Die Währungsverfassung	121
A. Zum Begriff der Verfassung	121
I. Entstehung und Wandel der Verfassungsidee.	121
II. Verfassung als rechtliche Grundordnung des Gemeinwesens	123
III. Formelle und materielle Verfassung	124
IV. Verfassung als Gesellschaftsvertrag	125
V. Die Freiheit des Individuums als Geltungsgrund, Legitimationsimperativ und unverzichtbarer Verfassungsinhalt	129
VI. Europäisches Gemeinschaftsrecht und Völkerrecht als Nebenverfassungen	130
B. Geld und Währung als Gegenstand der Verfassung.	133
I. Zum Begriff der Wirtschaftsverfassung.	133
1. Die rechtlichen Grundentscheidungen über die Wirtschaftsordnung als „Wirtschaftsverfassung“.	133
2. Der Streit um die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes	135
3. Der Binnenmarkt als Wirtschaftsverfassung der EU.	138
4. Fragmente einer internationalen Wirtschaftsverfassung	139
II. Die Währungsverfassung als Teil der Wirtschaftsverfassung.	143
1. Geld als Institution marktwirtschaftlicher Ordnung.	143
2. Geld und Währung als Verfassungsfragen.	144
3. Währungsverfassung als rechtliche Grundordnung des Geldwesens	147
4. Grundelemente der Währungsverfassung	148
5. Funktionen der Währungsverfassung	149
C. Grundzüge der geltenden Währungsverfassung.	150
I. Die deutsche und europäische Währungsverfassung	150

1. Historische Entwicklung	150
a) Die Entstehung der Währungsverfassung im Deutschen Reich	150
(1) Die Reform des Münzwesens	150
(2) Die Reform des Notenbank- und Papiergeldwesens	151
b) Der Übergang zur reinen Papiergeldwahrung	155
c) Devisenbewirtschaftung ab Beginn des Ersten Weltkriegs	155
d) Der Verfall der Währungsverfassung zu Beginn der Weimarer Republik	157
e) Die Stabilisierung der deutschen Währungsverfassung durch die Rentenmark 1923	158
f) Die Aufwertungsfrage	160
g) Die Einführung der Reichsmark 1924	161
h) Young-Plan, Weltwirtschaftskrise 1929 und Bankenkrise 1931	163
i) Die deutsche Währungsverfassung während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft	165
(1) Stellung der Reichsbank	166
(2) Reichsgesetz über das Kreditwesen	167
(3) Devisengesetz	168
j) Die alliierte Neukonstruktion der deutschen Währungsverfassung nach dem Zweiten Weltkrieg	169
(1) Zusammenbruch des Wirtschaftslebens mit Kriegsende	169
(2) Zusammenbruch und Wiedererrichtung des Banksystems 1945–1948	170
(3) Mark-gleich-Mark-Gesetz	171
(4) Währungsreform 1948	171
(a) Wahrungsgesetz	172
(b) Emissionsgesetz	173
(c) Umstellungsgesetz	173
(d) Festkontogesetz	174
(5) Devisenbewirtschaftung	174
(6) Struktur der Bankaufsicht und Dekonzentration des Bankwesens	175
k) Grundzüge der bundesdeutschen Währungsverfassung von 1949 bis 1999	176
(1) Fortgeltung von Rechtsakten im Wahrungswesen	176
(2) Die Deutsche Mark als Rechnungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel	177

(3) Gründung, Organisation und Rechtsstellung der Deutschen Bundesbank	178
(4) Die Unabhängigkeit der Bundesbank.	181
(5) Preisstabilität und gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht als währungsverfassungsrechtliche Zielvorgaben.	183
(6) Die Offenheit der deutschen Währungsverfassung .	186
(a) Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	186
(b) Wechselkursregelung für die Deutsche Mark . .	189
(7) Die Regulierung des Bankwesens in der Bundesrepublik	191
l) Die Europäisierung der deutschen Währungsverfassung und die Ablösung der Deutschen Mark durch den Euro	195
(1) Vorläufer der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.	195
(a) Die Errichtung der Europäischen Zahlungsverkehrsunion	195
(b) Das Europäische Währungsabkommen	197
(c) Währungsimplicationen des Europäischen Integrationsprogramms	198
(d) Währungsbestimmungen im EWG-Vertrag von 1957	199
(e) Entwicklung der gemeinschaftlichen Währungspolitik bis zum Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods	201
(f) Europäische Wechselkurspolitik unter den Bedingungen flottierender Wechselkurse: Werner Plan, „Wechselkursschlange“ und Europäisches Währungssystem.	202
(2) Die stufenweise Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion.	210
(a) Die Kapitalverkehrsrichtlinie und der Delors-Report	210
(b) Die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion	212
(c) Die Verankerung der Wirtschafts- und Währungsunion im EG-Vertrag durch den Vertrag von Maastricht	212
(d) Die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion	213
(e) Die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung des Euro .	214

(f) Ergänzende deutsche Rechtssetzung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion.	218
2. Die Währungsverfassung der Europäischen Union.	218
a) Die Eurozone als Teilintegrationsgemeinschaft innerhalb der Europäischen Union	218
(1) Einheitlichkeit und Flexibilität im Unionsrecht.	218
(2) Die rechtliche Stellung der „Outs“	220
(3) Die Beziehung zwischen Eurozone und „Outs“.	222
b) Der Euro als Währungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel der Eurozone	224
c) Die Preisstabilität als „Grundnorm“ der europäischen Währungsverfassung	226
d) Die EZB als Monopolnotenbank der Eurozone.	228
e) Das Eurosystem als unabhängiges föderales Zentralbanksystem der Eurozone.	229
f) Kreditverbot und Verschuldungsgrenzen als fiskalische Absicherungen der Währungsverfassung	232
(1) Verbot der monetären Finanzierung und des bevorrechtigten Zugangs zu Finanzinstitutionen	232
(2) Verbot übermäßiger Defizite und der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“.	233
g) Die Offenheit der Europäischen Währungsverfassung.	237
h) Die grundlegende Rechtsstellung von Kreditinstituten in der Europäischen Union	241
II. Fragmente einer internationalen Währungsverfassung	244
1. Geld und Währung als Problem zwischenstaatlicher Kooperation.	244
2. Historische Entwicklung der internationalen Währungsverfassung.	245
3. Grundelemente der internationalen Währungsverfassung.	248
a) Institutionen der internationalen Währungsverfassung	248
(1) Der Internationale Währungsfonds (IWF).	248
(2) Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	250
b) Die Freiheit des grenzüberschreitenden Zahlungs- verkehrs als „Grundnorm“ der internationalen Währungsverfassung.	250
(1) Zahlungsverkehrsfreiheit als Hauptpflicht des IWF-Abkommens	250
(2) Welthandelsrechtliche Absicherung der Zahlungsverkehrsfreiheit	251
(3) Zahlungsverkehr liberalisierung im Rahmen der OECD	253

c) Eingeschränkte Kapitalverkehrsfreiheit	253
(1) Fehlende Kapitalverkehrsfreiheit im IWF- Abkommen	253
(2) Kapitalverkehrsfreiheit in der OECD, im GATS und im Investitionsschutzrecht	254
d) Vorschriften über die Wechselkurspolitik	256
(1) Wahlfreiheit betreffend das Wechselkursregime.	256
(2) Verbot der „Wechselkursmanipulation“	257
(3) Überwachung der Wechselkurse durch den IWF	258
(4) WTO-rechtliche Schranken der Wechselkurspolitik?	259
e) Ansätze internationaler Bankenregulierung	260
(1) Marktzugangsrechte im Finanzdienstleistungs- bereich	260
(a) GATS-Regelungen für Finanzdienstleistungen.	260
(b) Spezifische Verpflichtungen der WTO-Mitglieder im Finanzdienstleistungsbereich	262
(2) Internationales Bankaufsichtsrecht	263
 Teil 5. Subjektive Rechte in der Währungsverfassung	 267
A. Begriff und Funktion subjektiver Rechte im modernen Verfassungsstaat	 268
I. Begriff des „subjektiven Rechts“.	268
II. Funktion subjektiver Rechte im Verfassungsstaat	270
III. Subjektive Rechte aus der Perspektive der ökonomischen Verfassungstheorie	271
1. Ökonomische Analyse des Rechts – Ökonomische Rechtstheorie	271
2. Rechtswissenschaftliche Kritik der ökonomischen Rechtstheorie	273
3. Ökonomische Verfassungstheorie als Zweig der ökonomischen Rechtstheorie	275
a) Begriff und Erkenntnisinteresse der ökonomischen Verfassungstheorie	275
b) Der Neo-Kontraktualismus der ökonomischen Verfassungstheorie	276
(1) Neo-Kontraktualismus und evolutorische ökonomische Verfassungstheorie	276
(2) Das analytische Modell des Neo-Kontraktualismus	277
(3) Annahmen über den Urzustand, das Individuum und seine Präferenzen: der hypothetische Vertragsschluss	279

4. Bedeutung subjektiver Rechte in der vertragstheoretischen „Idealverfassung“	281
IV. Entstehungsvoraussetzungen subjektiver Rechte	282
1. Die Schutznormtheorie	282
2. Grundrechte und subjektive öffentliche Rechte	283
3. Entstehungsvoraussetzungen subjektiver Rechte im Europäischen Unionsrecht und Völkerrecht	285
a) Subjektive Rechte und unmittelbare Wirkung des Unionsrechts	285
b) Völkerrecht als Grundlage subjektiver Rechte	287
B. Subjektivrechtlicher Schutz geld- und währungsrechtlicher Individualinteressen in der geltenden Währungsverfassung	288
I. Subjektive Interessen hinsichtlich Geld und Währung	288
1. Geldfunktionen und Individualinteressen	288
2. Die einzelnen Individualinteressen am Geld	289
a) Tauschmittelfunktion und Individualinteressen	289
b) Wertaufbewahrungsfunktion und Individualinteressen	291
c) Wertmaßstabfunktion und Individualinteressen	293
d) Zwischenfazit: Währungsrechtliche Individualinteressen	294
II. Subjektivrechtlicher Schutz der währungsrechtlichen Individualinteressen	294
1. Geldangebots- und Geldwahlfreiheit	294
a) Rechtliche Ausgestaltung der Geldangebotsfreiheit	294
(1) Subjektivrechtlicher Anknüpfungspunkt: Berufsfreiheit	294
(a) Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	294
(b) Anwendungs- und Schutzbereich der unionsrechtlichen Berufs- und Unternehmerfreiheit	297
(i) Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	297
(ii) Schutzbereich der Berufs- und Unternehmerfreiheit im Unionsrecht	299
(c) Europarechtliche und wirtschaftsvölkerrechtliche Komplementierungen der grundrechtlichen Berufsfreiheit	300
(d) Zwischenfazit	302
(2) Beschränkungen der Berufsfreiheit durch das staatliche Notenausgabemonopol und die Festlegung eines gesetzlichen Zahlungsmittels	302

(a)	Rechtliche Regelungen, die das Anbieten privater Währungen rechtlich und faktisch ausschließen	302
(i)	Gesetzliches Währungsmonopol als Eingriff in die Geldangebotsfreiheit.	302
(ii)	Beschränkungen der Bargeldschöpfung in der Eurozone.	303
(iii)	Exkurs: Gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit von § 35 BBankG	308
(iv)	Beschränkung der Buchgeld- und E-Geld-Schöpfung	309
(b)	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Beschränkungen der Geldangebotsfreiheit . . .	312
b)	Rechtliche Ausgestaltung der Geldwahlfreiheit	314
(1)	Subjektivrechtlicher Anknüpfungspunkt: Allgemeine Handlungsfreiheit	314
(2)	Beschränkung der Allgemeinen Handlungsfreiheit durch die Festlegung eines gesetzlichen Zahlungsmittels.	314
(i)	Der Euro als „gesetzliches Zahlungsmittel“	314
(ii)	Annahmezwang als konstitutives Element des gesetzlichen Zahlungsmittels	315
(iii)	Ausgestaltung und Folgen des Annahmezwangs	316
(iv)	Zulässigkeit des Ausweichens auf Fremdwährungen	317
c)	Beschränkung der Geldangebots- und Geldwahlfreiheit durch die marktbeherrschende Stellung staatlicher Institutionen als Geldanbieter und Geldnachfrager. . .	320
d)	Würdigung	320
(1)	Alternativvorschläge „freiheitlicherer“ Geldverfassungen.	321
(2)	Ausgestaltungsmöglichkeiten alternativer Geldverfassungen.	323
(a)	Grundsätzliche Formen von Währungskonkurrenz	323
(b)	Währungswettbewerb auf der Grundlage einheitlicher Werteinheiten	324
(c)	Währungskonkurrenz ohne gemeinsame Werteinheit	326
(3)	Höhere Konsensfähigkeit alternativer Geldverfassungen infolge größerer Freiheitsgewährleistung?.	328

2. Wertschutzinteresse	331
a) Geldwert und Inflation.	331
b) Geldwert im Recht: Das Nominalwertprinzip	334
c) Rechtliche Sicherungsmöglichkeiten der Kaufkraft.	336
(1) Objektivrechtlicher Rahmen der Geldwertsicherung	336
(2) Subjektivrechtliche Elemente: Kaufkraft und Eigentumsgewährleistung	338
(a) Die Kaufkraft des Geldes im Schutzbereich der Eigentumsgarantie	338
(i) Überblick.	338
(ii) Die Diskussion um ein „Grundrecht auf Preisstabilität“ im Schrifttum	338
(iii) Die Haltung des Bundesverfassungsgericht	342
(iv) Die Rspr. des EGMR zu Art. 1 Zusatzprotokoll	343
(v) Stellungnahme	345
(b) Staatliche Eingriffe in den Geldwert	349
(c) Rechtfertigung staatlicher Eingriffe in den Geldwert	351
(3) <i>Exkurs</i> : Außenwert der Währung und Eigentumsgarantie	352
(4) Individualvertragliche Absicherungen gegen Kaufkraftverluste: Indexierungsfreiheit	353
(a) Überblick	353
(b) Zulässigkeit von Wertsicherungsklauseln vor Einführung des Euro: § 3 S. 2 WährG	355
(i) Inhalt und Zweck des § 3 S. 2 WährG	355
(ii) Die Verfassungsmäßigkeit des § 3 S. 2 WährG	356
(c) Zulässigkeit von Wertsicherungsklauseln nach Einführung des Euro	357
(i) Die Aufhebung des § 3 WährG und die Nachfolgeregelung im Preisangaben- und Preisklauselgesetz 1998	357
(ii) Die Regelung im Preisklauselgesetz vom 7. September 2007	358
(iii) Unionsrechtliche Zulässigkeit der Regelung	359
(d) Wertsicherung und EMRK	361
d) Würdigung	361
3. Geldfluchtfreiheit.	363
a) Bedeutung der Geldfluchtfreiheit	363

b) Rechtliche Ausgestaltung der Geldfluchtfreiheit	365
(1) Zuständigkeitsverteilung für Devisenverkehrs- beschränkungen.	365
(2) Normative Anknüpfungspunkte der Geldfluchtfreiheit.	366
(a) Einfachgesetzliche Ausgestaltung durch das AWG	366
(b) Grundrechtliche Absicherung der Kapital- verkehrsfreiheit.	367
(c) Unionsrechtliche Kapitalverkehrsfreiheit	368
(d) Wirtschaftsvölkerrechtliche Ergänzung?	371
(3) Schranken der Kapitalverkehrsfreiheit	371
(a) Schranken der Kapitalverkehrsfreiheit nach dem Grundgesetz	371
(b) Schranken der unionsrechtlichen Kapitalverkehrsfreiheit	372
(i) Aufrechterhaltung bestehender Beschränkungen im Verkehr mit Drittstaaten (Art. 57 EGV)	372
(ii) Einzelstaatliche Beschränkungen (Art. 58 EGV) und zwingende Erfordernisse	374
(iii) Schutzmaßnahmen der Union (Art. 59 EGV)	375
(iv) Maßnahmen aufgrund von GASP-Aktionen (Art. 60 EGV)	377
(v) Beschränkungen des Bargeldtransfers zum Zweck der Geldwäschebekämpfung.	378
c) Würdigung	378
Teil 6. Zusammenfassung	381
Nachwort	401
Literaturverzeichnis	403
Anhang – Amtliche Übereinstimmungstabellen nach Artikel 5 des Vertrags von Lissabon	437
Personen- und Sachregister	463